

§17 Notwehr

(1) Wer einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff gegen sich oder einen anderen oder gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in einer der Gefährlichkeit des Angriffs angemessenen Weise abwehrt, handelt im Interesse der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Gesetzlichkeit und begeht keine Straftat.

(2) Bei Überschreitung der Notwehr ist von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abzusehen, wenn der Handelnde in begründete hochgradige Erregung versetzt wurde und deshalb über die Grenzen der Notwehr hinausging.

1. Wer in **Notwehr** handelt, verhält sich gesellschaftsgemäß und verantwortungsbewußt. Mit der Notwehr ist jedem Bürger das Recht gegeben, gegen rechtswidrige Angriffe vorzugehen und die durch den Angriff drohenden Schadensfolgen zu verhindern. Ein derartiger Angriff kann sich sowohl gegen seine Gesundheit oder sein Leben als auch gegen die Gesundheit oder das Leben anderer richten. Auch rowdyhafte Gewalttätigkeiten, Drohungen, grobe Belästigungen, böswillige Beschädigungen von Sachen bzw. Einrichtungen sowie öffentliche Herabwürdigungen oder Hetze gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung rechtfertigen Notwehrhandlungen. Notwehr ist ausnahmslos **gegen alle Angriffe zulässig**, die sich gegen rechtlich geschützte Verhältnisse richten. Die Notwehr ist ihrem Wesen nach eine Verteidigung, insbesondere gegen solche Angriffe, deren Folgen nicht auf andere Art vermeidbar bzw. wiedergutmachen sind. Sie ist jedoch kein Mittel, um Rechtsverletzungen überall und in jedem Fall mit tätlicher Gewalt zu begegnen (Faustrecht).

2. **Absatz 1** gestattet das Einschreiten gegen alle Angriffe auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung und die Rechte und Interessen der Bürger, soweit sie sich gegen **rechtlich geschützte Verhältnisse richten**. Dazu gehören Angriffe auf strafrechtlich geschützte Verhältnisse und solche, die durch das Ord-

nungswidrigkeitsrecht und die 1. DVO zum EGStGB/StPO geschützt werden. Dem Schutz dieser Interessen dient auch die Bestimmung des § 352 ZGB. (Zur Angemessenheit der Notwehrhandlung vgl. Anm. 7.)

Die Notwehr ist nicht das einzige Mittel und nicht das alleinige Recht zur Abwehr von Angriffen. Straf- und Strafprozeßrecht räumen dem Bürger vielfältige Möglichkeiten zur Verhütung von Rechtsverletzungen ein, z. B. Art. 3 und Art. 6 sowie § 4 und § 93 StPO. Diese Rechte sind einerseits umfassender und — als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Kriminalitätsbekämpfung und -Verhütung — bedeutsamer, können jedoch das auf die Abwehr akuter, auf andere Weise nicht abwendbarer Angriffe gerichtete Notwehrrecht nicht ersetzen.

3. Ein **Angriff** liegt vor, wenn rechtlich geschützte persönliche und gesellschaftliche Interessen durch menschliches Verhalten beeinträchtigt werden bzw. ihnen eine Beeinträchtigung droht. Die Beeinträchtigung kann jedoch auch von einem Tier ausgehen, wenn z. B. ein Hund auf den Angegriffenen gehetzt wird. In diesem Fall ist Notwehr gegenüber demjenigen möglich, der den Hund hetzt.

4. **Gegenwärtig** ist ein Angriff dann, wenn der Rechtsverletzer unmittelbar auf das rechtlich geschützte Objekt einwirkt, aber auch, wenn aus einem Ver-